

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Richard Graupner

Abg. Karl Straub

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Alexander Hold

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Martin Hagen

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Erster Vizepräsident Karl Feller

Abg. Petra Guttenberger

Staatsminister Joachim Herrmann

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion

**"Für eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik! Realismus statt Ideologie,
Eigeninteresse statt Selbstaufgabe!"**

Sie kennen das Prozedere: Jeweils fünf Minuten Redezeit oder zehn Minuten unter Verzicht auf einen Redner. – Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist für die AfD-Fraktion der Kollege Richard Graupner.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die grausige Tat von Illerkirchberg ist uns allen noch in frischer Erinnerung. Ein 27-jähriger Eritreer bedankte sich für die Wohltaten des deutschen Sozialstaats mit einem heimtückischen Angriff auf zwei minderjährige Mädchen, die nichts ahnend auf dem Weg zur Schule waren. Eines der beiden starb durch das Messer unseres schutzbedürftigen Gastes, das andere wurde schwer verletzt und lebenslang traumatisiert.

Die 14-Jährige ist nicht das einzige und wird leider auch nicht das letzte Opfer migrantischer Gewalt sein. Bereits 2019 war es in dem beschaulichen Örtchen zu einer brutalen Vergewaltigung einer ebenfalls 14-Jährigen durch vier Asylbewerber gekommen. – Die Bürger der Gemeinde Illerkirchberg haben bei den letzten Landtagswahlen mit über 35 % grün gewählt, und sie haben damit jener Partei ihre Stimme gegeben, welche wie keine andere für die ideologisch verblendete Einwanderungspolitik Deutschlands steht,

(Tim Pargent (GRÜNE): Ihr hetzt!)

die solche menschlichen Tragödien als Kollateralschäden wie auch jetzt wieder kalt-schnäuzig in Kauf nimmt.

(Beifall bei der AfD)

Migration wird uns als etwas schicksalhaft Gegebenes, stets Bereicherndes verkauft. Dabei erleben viele Landsleute in ihrem Alltag etwas völlig anderes, weil sie sich beim Einkaufsbummel in der Innenstadt kaum noch in ihrer Muttersprache verständigen können, weil ihre Städte zunehmend in Parallelgesellschaften zerfallen, weil die Frauen als sexuelles Freiwild angesehen werden – von Männern aus patriarchalischen Kulturkreisen. Diese Menschen merken, dass ihre Heimat Stück für Stück unwiederbringlich verloren geht, aber trauen sich nicht, etwas zu sagen, um nicht stigmatisiert und ausgegrenzt zu werden. Die AfD als politischer Anwalt dieser Menschen ist angetreten, dies zu ändern;

(Beifall bei der AfD)

denn für uns ist Heimat dort, wo man sich nicht erklären muss, und nicht ein Land, in dem jeden Tag das Zusammenleben neu ausgehandelt werden muss.

Wir sagen klar: Es ist eine Lüge, dass wir unsere Grenzen nicht sichern könnten. Die Pläne dafür waren 2015 ausgearbeitet; nur der politische Wille fehlte. Es ist eine Lüge, dass vor allem die Schwachen, Verfolgten und Schutzbedürftigen zu uns kommen. Wer die strapaziöse Sozialwallfahrt aus Arabien oder Afrika bestehen will, der braucht eine gute körperliche Kondition und genügend Geld, um die Schleuser bezahlen zu können. Es ist eine Lüge, dass vor allem gut ausgebildete Fachkräfte einwandern. Der Migrantenanteil bei den Hartz-IV-Beziehern ist seit 2016 von 25 auf 45 % gestiegen. 71 % der seit 2015 eingewanderten Migranten haben keinerlei Berufsabschluss.

Immer mehr Länder Europas machen diese migrationspolitische Geisterfahrt nicht mehr mit und steuern teils radikal um. Je mehr sich aber Deutschland in Europa isoliert, umso verbissener scheinen die Etablierten ihren Kampf gegen das eigene Land und seine Menschen zu führen. Der einwanderungspolitische Amoklauf der Ampel-Regierung zeigt dies doch nachdrücklich, ob durch Ausweitung der Einbürgerungsansprüche, Erleichterung des Familiennachzugs oder jetzt das sogenannte Chancen-

Aufenthaltsrecht. Mit dem Migrationspaket 1 darf de facto jeder bleiben. Dreistigkeit und Lügen werden belohnt.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Selbst schwerste Straftäter, wie jetzt den Vergewaltiger von Illerkirchberg, weigert sich Frau Faeser abzuschieben. Ihre vollmundig angekündigte Rückführungsoffensive ist eine Blendgranate.

Gegen diesen selbstzerstörerischen Kurs setzt die AfD eine Politik, die sich an den Realitäten orientiert und von patriotischem Selbstbewusstsein getragen ist.

(Beifall bei der AfD)

Wir beziehen klar Position. Es ist erlaubt, darauf zu verweisen, dass die übergroße Mehrzahl derjenigen, die nach Deutschland kommen, weder asylberechtigt ist noch dass es Kriegsflüchtlinge sind, und es ist erlaubt zu sagen, dass, je größer die kulturelle Distanz der Einwanderer ist, desto geringer die Wahrscheinlichkeit einer gelingenden Integration ist. Ein kurzer Blick in die Kriminalstatistik bestätigt das. Vor allen Dingen ist es erlaubt, die Belange des eigenen Landes, des eigenen Volkes als politische Maxime zu vertreten. So fordert es nämlich auch der Amtseid, den unsere Regierenden zu leisten haben.

All diese Überlegungen münden für uns in ganz konkrete zuwanderungspolitische Forderungen. Die dringlichsten, um den Untergangskurs der Ampel in letzter Minute aufzuhalten, sind: eine sofortige Schließung der Grenzen, eine strikte Zurückweisung jedes Illegalen, eine konsequente Abschiebung aller abgelehnten und straffällig gewordenen Asylbewerber, eine Unterbindung des Familiennachzuges, die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen und die Rückkehr zu einem Staatsangehörigkeitsrecht, wie es bis 1999 Gültigkeit hatte.

(Beifall bei der AfD)

Unser Deutschland, unsere Heimat auch noch für die nächsten Generationen zu erhalten, sind wir unseren Kindern und Enkeln, unseren Eltern und Großeltern und nicht zuletzt unserem eigenen Gewissen schuldig.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die CSU-Fraktion zehn Minuten der Kollege Karl Straub.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wundere mich, wie Sie das Thema Migrationspolitik einengen und wie Sie zu der Behauptung kommen, dass dieses Jahr die meisten Flüchtlinge keine Kriegsflüchtlinge sind. Soweit mir bekannt ist,

(Zuruf von der FDP)

sind dieses Jahr 1,1 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Ich frage Sie: Was sind die Menschen aus der Ukraine, wenn sie keine Kriegsflüchtlinge sind? – Beantworten Sie bitte diese Frage.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Noch etwas vorweg: Migrationspolitik besteht nicht nur aus Asylpolitik. Sie haben ausschließlich über Asylpolitik gesprochen. Das ist die typische enge Sicht der AfD auf Migrationspolitik. Wir brauchen nämlich auf der anderen Seite durchaus auch Migration. Wir haben sie immer gebraucht. Ich möchte betonen: Bayern war schon immer ein Einwanderungsland, wobei es natürlich auch Dinge gibt, die durchaus problematisch sind.

Wir beantworten die Fragen sehr deutlich anders als die AfD, aber auch anders als die Ampelkoalition.

Lassen Sie uns einmal die Fakten ansehen. Die Zahl der neu registrierten Asylbewerber – wohlgemerkt: Asylbewerber; den Unterschied kennen Sie ja nicht – in Deutsch-

land beläuft sich dieses Jahr auf 200.000. Wir haben 190.000 Erstanträge und 24.000 Folgeanträge, 43 % mehr als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Das ist ein Problem hinsichtlich der Integration. Das sind sehr, sehr viele Menschen, die zu uns kommen.

Allein im November hatten wir 30.000 Asylerstanträge. Die Hauptherkunftsländer waren Syrien, Afghanistan und die Türkei. Ich habe gerade schon erwähnt: Zusätzlich dazu müssen wir die Aufnahme von 1,1 Millionen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine in den Griff bekommen. Ich darf schon betonen: Ja, wir müssen den ukrainischen Flüchtlingen helfen. Ich meine aber auch, dass wir mehr europäische Solidarität brauchen. Wir haben beispielsweise zehnmal mehr Flüchtlinge als Frankreich aufgenommen. Ich denke, das muss man schon auch deutlich ansprechen.

(Zuruf: Vive la Grande Nation!)

Hier ergeben sich Problembereiche. Wie gesagt, sind es zusammen knapp 1,3 Millionen Menschen. Das entspricht einer sehr großen Stadt in Deutschland, die wir hier auf einmal aufnehmen. Wir reden jetzt schon wieder von Unterbringung in den Turnhallen. Ich denke, wenn es so weit kommt, wird die Akzeptanz in der Bevölkerung leider Gottes nach unten gehen. Wir haben die Corona-Pandemie hinter uns, in der vielfach kein Schulsport durchgeführt werden konnte. Ich denke, dass man das sehr ernst nehmen muss. Wenn wir jetzt wieder Turnhallen belegen, dann wird es problematisch. Andere Unterkünfte sind vor allem in Bayern, insbesondere auch in meiner Region, kaum noch zu finden.

Bildung ist ein weiteres Problem, das man auch mal ganz offen benennen muss, wenn man die Asylpolitik der letzten Jahre anspricht. Manche in der Ampelkoalition sehen keine Grenzen, wie viele wir aufnehmen können. Ich bekenne mich ganz klar zu unserem Asylgesetz. Ich bekenne mich dazu, dass wir Kriegsflüchtlinge aufnehmen müssen. Aber wir dürfen unser Land auch nicht überfordern.

Verschiedene Studien der jüngsten Zeit besagen, dass viele Kinder in der vierten Klasse nicht mehr rechnen und schreiben können. Auch diesen Punkt muss man mal ganz offen ansprechen. Das ist ein Problem der Migrationspolitik der letzten Jahre. Wir müssen hier Lösungen finden, denn Bildung ist unser größtes Kapital in Deutschland.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich möchte hier auch ganz deutlich die Reihenfolge ansprechen, in der die Ampelkoalitionäre vorgehen wollen, um die Probleme angeblich zu lösen. Ich glaube nämlich, dass die Reihenfolge verkehrt ist.

Lieber Herr Hagen, Sie betonen immer wieder die Rückführungsoffensive. Ich sehe sie nur nicht. Sie haben letzte Woche wieder im Rechtsausschuss davon gesprochen. Ich gebe auch zu, dass die Durchführung von Rückführungen durchaus anspruchsvoll ist. Aber Sie gehen es nicht mal an. Ich weiß nicht, ob der Rückführungsbeauftragte das tun wird, der das Problem übrigens nicht lösen wird. Nur das Einsetzen eines Rückführungsbeauftragten wird das Problem nicht lösen. Um die Akzeptanz in der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, bitte ich Sie, auch dieses Problem tatsächlich anzugehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben in Deutschland 300.000 ausreisepflichtige Asylbewerber, und ich denke, die Akzeptanz in der Bevölkerung würde steigen, wenn man deren Rückführung tatsächlich mal angehen würde. Aber was machen Sie jetzt? – Sie gehen neue Themen, die ich als sehr problematisch ansehe, als Erstes an. Sie bringen uns nämlich nicht die Rückführung der 300.000 Leute, sondern werden uns noch wesentlich mehr Menschen ins Land bringen. Da ist zum Beispiel das Chancen-Aufenthaltsrecht. Wir sind uns einig, dass es viele sehr gut integrierte Asylbewerber gibt. Ich bin absolut dafür, die Leute hierzulassen, die sich beim Bäcker, beim Metzger, beim Schreiner oder als Automechaniker bewährt haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Aber Leute hierzulassen, die über Jahre ihre Identität verschleiert haben – davon haben wir genug Fälle im Petitionsausschuss – und seit 2013, seit 2014 hier sind, wird, glaube ich, die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht steigern. Ich denke, das gibt neue Pull-Effekte; das können wir uns im jetzigen Moment nicht leisten. Hier wird ein komplett verkehrter Ansatz gewählt. – Wie gesagt, kann man mit uns durchaus darüber reden, gut integrierte Menschen hierzulassen. Aber wer seine Identität über Jahre verschleiert hat, muss wieder zurück in die Heimat.

Wir vermischen auch sehr stark Asyl- mit Fachkräfteeinwanderung. Das sind zwei komplett unterschiedliche Themen. Ich komme etwas später noch mal darauf. Den komplett verkehrten Anreiz setzen Sie beim Staatsbürgerschaftsrecht.

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Zur Fachkräfteeinwanderung: Wenn Sie den Fachkräftemangel über das Chancenaufenthaltsrecht beheben wollen, weise ich ausdrücklich darauf hin, dass sich 40 % der Asylbewerber sehr gut integriert haben. Sie haben Arbeitsplätze und zahlen hier Steuern. Aber wir haben auch 60 %, die von Hartz IV leben. Auch diesen Punkt müssen wir angehen. Wir sollten erst die Probleme lösen, die wir haben, bevor wir uns neue ins Land holen. Auch in dem Zusammenhang steht das Thema Bildung ganz oben. Ich habe es vorhin schon mal gesagt.

Kommen wir zur Einbürgerung: Ich denke, dass wir hier den komplett falschen Anreiz setzen. Es gibt da eine große Begehrlichkeit der Menschen, die Sie ansprechen. Das Einbürgerungsrecht, das wir momentan haben, wird den Gegebenheiten, die wir haben, durchaus gerecht.

Die Leute, die zu uns kommen, wollen sich vermutlich erst integrieren, Arbeit finden und sich in unserem Land einleben. Dann ist im Regelfall nach acht Jahren die Einbür-

gerung rechtzeitig, also so, wie es jetzt ist. Eine Einbürgerung nach drei oder fünf Jahren brauchen wir nicht. Wie soll ein Mensch nach drei Jahren schon vollständig unsere Werte vertreten? Wie soll er selber eigentlich wissen, ob er in Deutschland bleiben will?

Ich halte es für hoch problematisch, dass wir das Ganze unter Hinnahme der Mehrstaatlichkeit machen. Ich denke, dass man sich klar zu Deutschland bekennen muss. Da muss ein klares Zeichen vorhanden sein. Jemand, der Deutscher werden will, muss auch bereit sein, seine bisherige Staatsbürgerschaft abzugeben.

Ich komme zum Schluss: Wir brauchen einen Weg zu einer verantwortungsvollen Politik, realitätsbezogen und nicht ideologisch geprägt. Die Wahrheit liegt wie immer zwischen rechter Hetzerei und links-grüner Ideologie.

Ich möchte es noch einmal betonen: Bayern war immer ein Einwanderungsland. Bayern ist das Land der gelungenen Integration. Da brauchen sich die Regierungsfractionen überhaupt nichts vorwerfen zu lassen. Wir sind weltoffen, wir wollen Menschen haben, die sich bei uns einfügen wollen, die sich bei uns integrieren wollen. Dafür sind wir durchaus offen. Das Wichtigste ist: Wir sollten auf die Bevölkerung hören. Sie hat hier ganz feine Antennen, was richtig und was verkehrt ist. Deswegen gibt es Akzeptanz für Migrationspolitik auf Dauer nur durch eine vernünftige Politik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Ebenso zehn Minuten spricht als Nächste die Kollegin Gülseren Demirel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Dass die AfD-Fraktion diese Aktuelle Stunde mit diesem Thema besetzt und sie dann auch noch mit der Tragödie der Familie in Baden-Württemberg einleitet, die ihre 14-jährige Tochter verloren hat, ist einfach nur widerlich.

(Zuruf von der AfD: Wie wäre es denn umgekehrt?)

Das müssen wir von uns weisen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Gerade Sie sind doch eigentlich eine Gefahr für die innere Sicherheit und für unsere Demokratie.

(Widerspruch und Lachen bei der AfD)

Das Netzwerk, das gerade aufgedeckt worden ist mit den Verknüpfungen in die AfD hinein, macht mir Angst.

(Andreas Winhart (AfD): Das ist unmöglich! Reden Sie zum Thema! Schämen Sie sich!)

Sie sind diejenigen, die demokratische Mittel nutzen, um die Demokratie abzuschaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Andreas Winhart (AfD): Nicht mit dem Finger auf andere Leute zeigen!)

Die AfD ist eher die Gefahr, das kann man nicht oft genug sagen.

Sie setzten das Thema "Für eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik! Realismus statt Ideologie". Haben Sie sich mal überlegt, was Migration für die jetzige Gesellschaft bedeutet und welche Arbeitsbereiche ohne Migration undenkbar sind? Haben Sie Eltern in Altenheimen? Wer pflegt sie denn? Haben Sie Kinder in Kindertagesstätten? Wer betreut sie denn? – Ich könnte da noch viel mehr aufzählen.

Jeder Fünfte in Bayern hat eine Migrationsgeschichte. Über eine Million Menschen sind seit Jahrzehnten in diesem Land erwerbstätig. Und was machen Sie? – Sie arbeiten gegen unser gesellschaftliches Interesse. Sie arbeiten gegen unser wirtschaftliches Interesse in diesem Land.

(Andreas Winhart (AfD): 60 % sind Hartz-IV-Empfänger!)

Sie sind eigentlich diejenigen, die Deutschland eher schwach machen.

(Widerspruch des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Sie sind diejenigen, die sich die Probleme herbeisehnen, damit Sie mit der Angst der Menschen Politik machen können. Das ist nämlich die Realität.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Lieber Kollege Straub, ich musste zweimal lächeln, als Sie den Satz betont haben: Bayern ist ein Einwanderungsland. – Toll, dass es bei der CSU angekommen ist!

Ja, Bayern ist ein Einwanderungsland.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Leider!)

Aber es reicht nicht aus, Bayern als Einwanderungsland zu bezeichnen. Ein Einwanderungsland braucht klare Strukturen für Integration. Ein Einwanderungsland muss sich mit dem Thema Einbürgerung auseinandersetzen. Ein Einwanderungsland muss das Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse strukturieren. Sich Einwanderungsland zu nennen, reicht leider nicht aus.

Wenn ich wieder den Begriff "180-Grad-Wende" erwähnen darf: Ja, wir wollen eine 180-Grad-Wende. Wir wollen aber eine 180-Grad-Wende in der bayerischen Integrationspolitik. Das ist unsere Forderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben beim Ifo-Institut eine Studie in Auftrag gegeben. Das Ifo-Institut ist ein etabliertes, seriöses Forschungsinstitut, das nichts mit der grünen Partei zu tun hat. Unser Auftrag war es, dass untersucht wird, wie hoch der Arbeitskräftebedarf – einschließlich Fachkräftebedarf – in Bayern ist und inwieweit die aktuellen Strukturen hilfreich sind oder ein Hindernis darstellen.

Das erste Ziel ist das humanitäre Interesse; denn wir sind der Meinung, dass es nicht sein kann, dass Hunderte junge, kräftige Männer und Frauen unter Arbeitsverboten leiden, das heißt nicht arbeiten dürfen, obwohl die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sehr hoch ist. Damit ist das zweite Ziel verbunden, nämlich auch unsere wirtschaftlichen Interessen zu bedienen. Aus jedem Unternehmen, mit dem wir reden, hören wir: Wir brauchen nicht nur Fachkräfte, sondern auch generell Arbeitskräfte, weil es überall fehlt.

Die Zahlen des Ifo-Instituts belegen: Von den Menschen, die eine Migrationsgeschichte haben und zwischen 15 und 65 Jahre alt sind, sind 62 % in Arbeit. Sie sind berufstätig, aber oft unter ihrer Qualifikation. Wenn ich ein Universitätsstudium im Ausland absolviert habe, der Abschluss hier aber nicht anerkannt wird, dann zähle ich in der Statistik des Jobcenters als "nicht qualifiziert". Auch darüber ist zu reden, weil immer wieder davon gesprochen wird, es finde vor allem eine Einwanderung nicht qualifizierter Menschen statt. Wenn ich die Anerkennung nicht habe, spielt mein Universitätsabschluss in der Statistik überhaupt keine Rolle. Dieses Problem anzugehen, ist auch eine Aufgabe für das Einwanderungsland Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ifo-Institut stellt auch fest: Bei den im Gastgewerbe tätigen Menschen liegt der Anteil an Ausländerinnen und Ausländern bei 43,4 %. 29 % sind in privaten Haushalten als Personal tätig. Was wären denn die Haushalte mit zu pflegenden Angehörigen, zum Beispiel den Schwiegereltern, ohne das Personal aus den sogenannten Ostblockländern!

Unter den Gründerinnen und Gründern von Einzelunternehmen sind 21,2 % Ausländerinnen oder Ausländer.

Der durchschnittliche Anteil an Ausländerinnen und Ausländern in der Nahrungsmittelherstellung, der Altenpflege und anderen systemrelevanten Berufen liegt bei 15 %. Ich könnte weitere Zahlen nennen.

Das Ergebnis: Ohne Migration, ohne Einwanderung würden in Bayern viele, viele Arbeitsbereiche stillstehen bzw. nicht funktionieren. Wir erleben doch heute schon, dass das angesichts des akuten Arbeits- bzw. Fachkräftemangels teilweise der Fall ist. Versuchen Sie einmal, einen Handwerker zu kriegen!

Und was machen wir? Das Ifo-Institut kommt zu dem Ergebnis: Wir nutzen das Potenzial nicht. Hier sind Menschen, die unter widrigen Umständen Deutsch gelernt haben, weil nicht alle Zugang zu Integrationskursen haben. Hier sind Menschen, die die gesellschaftlichen Spielregeln erlernt haben, aber nicht arbeiten dürfen.

Damit sind wir beim Chancen-Aufenthaltsgesetz. Worauf zielt denn dieses Gesetz ab? Sie haben jahrelang Menschen mit Duldung gezwungen, Sozialhilfe zu beziehen, weil sie nicht arbeiten durften, das heißt keine Arbeitserlaubnis bekommen haben. Das Chancen-Aufenthaltsgesetz besagt: Ihr müsst nicht im Sozialhilfebezug bleiben. Ihr dürft jetzt arbeiten.

Sind Sie dagegen, dass Menschen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können und nicht von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leben müssen? Sind Sie dagegen, dass Kinder endlich eine Perspektive in diesem Land bekommen? – Sie sind doch immer diejenigen, die sagen: Wir wollen nicht, dass eine Abhängigkeit von der Sozialhilfe geschaffen wird. – Dann helfen Sie von der CSU doch dabei, dass das Chancen-Aufenthaltsgesetz gelingt, damit die beschriebene Situation endlich ein Ende findet und die Menschen selbstbestimmt leben können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Identitätsverweigerer – das ist auch eines der Lieblingswörter, die Sie immer wieder nutzen. Reden Sie einmal mit einem Eritreer oder einem Somalier und sagen Sie ihm: Gehe zu deinem Konsulat oder deiner Botschaft und besorge Papiere! – Sie wissen genau, dass die Konsulate oder Botschaften diese Papiere nicht ausstellen. In Bayern leben zig Eritreer, die seit Jahren von ihrem Konsulat keine Identitätsdokumente bekommen. Wenn sie verheiratet sind, werden sie hier nicht als verheiratet angesehen,

weil die deutschen Institutionen die Papiere nicht haben. Kinder bekommen keine Geburtsurkunde. Diese Fälle kennen Sie doch.

Was wollen Sie diesen Menschen sagen? Sind sie schuld daran, dass sie ihre Identität nicht feststellen lassen können? – Sie sind verzweifelt, weil sie eine Auslandsvertretung haben, von der sie sich keine Hilfe erhoffen können. Was machen wir mit diesen Menschen? Ein anderes Dokument aus dem Herkunftsland akzeptieren Sie ja nicht; es muss eines vom Konsulat sein. Was machen Sie in diesen Fällen? Sagen Sie es mir doch! Sollen wir diese Menschen in der Sozialhilfe halten? Diese Menschen sagen doch: Wir wollen unseren Lebensunterhalt verdienen.

Das Ifo-Institut kommt auch zu dem Ergebnis: 14 % der Geduldeten waren – Stichtag: Ende Dezember 2021 – erwerbstätig.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin!

Gülseren Demirel (GRÜNE): Von den Menschen mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis war knapp die Hälfte erwerbstätig, von den Menschen mit befristeter Aufenthaltserlaubnis 30 %. Der Wille zur Arbeit ist da. Der Wille zum selbstbestimmten Leben ist da. Lassen wir sie arbeiten! Wir handeln sonst gegen unsere eigenen Interessen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Ebenso zehn Minuten spricht Herr Kollege Alexander Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es war – leider – nicht anders zu erwarten: Eine schreckliche Bluttat in Illerkirchberg nehmen Sie zum Anlass zu zündeln. Und wer weiß: Der eine oder andere wäre vielleicht ganz froh, wenn Ihre Anhänger tatsächlich zündeln würden;

(Widerspruch bei der AfD)

denn genau davon leben Sie, von Chaos und von Aufruhr.

Aber: In Bayern gibt es kein Chaos. In Bayern wird eine konsequente Migrationspolitik betrieben – konsequent rechtsstaatlich und zugleich konsequent menschlich, meine Damen und Herren. Wir halten hier die Balance zwischen Humanität und Ordnung.

Wenn Sie in dem Titel der von Ihnen beantragten Aktuellen Stunde von einer 180-Grad-Wende sprechen, dann muss ich Sie fragen: Sie wollen sich also um 180 Grad wenden? – Hm. Wer sich umdreht, der ist schlicht und einfach rückwärtsgewandt, sonst gar nichts.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie bei Abgeordneten der CSU und der GRÜNEN)

Wenn man sich die Lage in der Welt ehrlich ansieht, dann weiß man: Es braucht wahrlich kein Zurück, sondern ein Nach-Vorne, und zwar ein gemeinsames Nach-Vorne, ein Nach-Vorne unserer gesamten Gesellschaft, unseres Landes, auch der gesamten Wertegemeinschaft EU, meine Damen und Herren. Das ist das, was wir brauchen, nicht aber ein rückwärtsgewandtes Reden, wie Sie es hier praktizieren.

Im Einzelnen: Es schlicht und einfach schäbig, wenn Sie das Schutzbedürfnis der Menschen, die zu uns kommen, leugnen. Über 92 % derer, die in diesem Jahr zu uns gekommen sind, kommen aus Kriegsgebieten. Über 92 % der Schutzbedürftigen! Da habe ich den Iran nicht mitgezählt, da habe ich den Irak nicht mitgezählt, da habe Somalia und Eritrea nicht mitgezählt. Auch Sie können nicht behaupten, dass die Menschen dort in Frieden lebten.

Und wenn Sie so tun, als wären wir nahe an der Überfremdung und als würde hier alles zusammenbrechen,

(Ralf Stadler (AfD): So ist es!)

dann sage ich Ihnen ganz ehrlich: 190.000 Menschen haben bis jetzt in diesem Jahr in Deutschland um Asyl ersucht. 2015 waren es zweieinhalbmal so viele; 2016 waren es über viermal so viele.

Wenn Sie hier tatsächlich den Teufel an die Wand malen und letzten Endes die Schutzsuchenden aus der Ukraine außen vor lassen, dann sage ich Ihnen: Entschuldigung, wir haben aus meiner Sicht die menschliche Pflicht, diesen Menschen zu helfen.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie sehen doch die Bilder aus der Ukraine und aus anderen Kriegsgegenden dieser Welt. Sie hören doch die Schilderungen, wenn Sie mit Menschen aus der Ukraine wirklich reden.

(Zuruf von der AfD: Aber fleißig Waffen liefern!)

Ich möchte den Moment schon nutzen, all denen zu danken, die hier ihren Dienst leisten, auch wenn Sie hier blöken. Ich möchte den Ehrenamtlichen danken. Ich war am Wochenende erst bei einer Organisation der Ukraine-Hilfe und habe gesehen, wie die Menschen wirklich zusammenhelfen. Das sind nicht nur die Ehrenamtlichen, sondern alle durchforsten ihren Keller und raffen alles zusammen, um zu schauen, was man in die Ukraine schicken kann. Das ist wirklich ein ganz tolles Zeichen der Solidarität, die wir gerade jetzt in der Adventszeit wieder erleben. – Dafür einen herzlichen Dank an die Bayern!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Danke auch an die Schulfamilien. Dem Kultusministerium ist es gelungen, innerhalb kürzester Zeit 30.000 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine mit Willkommensgruppen in die Schulen zu integrieren mit dem Ziel, dass sie in die Regelklassen kommen. In den Grundschulen werden sie mit einem "Sprachbad" langsam herangeführt; überall wurden Brückenklassen eingeführt, auch in den weiterführenden Schulen und Gymnasien. Meine Damen und Herren, das zeigt die Stärke unserer Gesellschaft.

Danke auch an alle Geflüchteten, die selbst mit anpacken, die ihre in ihrem Heimatland Ukraine genossene Ausbildung hier einbringen und zum Beispiel jetzt an unseren

Schulen unterrichten. Das ist ein ganz starkes Zeichen unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts.

In Ihrem Titel schreiben Sie "Eigeninteresse statt Selbstaufgabe". – Wer sagt denn, dass wir das Eigeninteresse hintanstellen?

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Sie tun gerade so, als wäre zum Beispiel die Fachkräfteeinwanderung nicht in unser aller Interesse. Wir haben Vollbeschäftigung, meine Damen und Herren. Niemand nimmt irgendjemandem einen Arbeitsplatz weg. Sie sprechen von Ideologie. Sie unterstellen den Industrie-, Handels- und Handwerkskammern der bayerischen Wirtschaft Ideologie.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

– Ja? Tatsächlich? Sie unterstellen der bayerischen Wirtschaft Ideologie? Das sollten wir festhalten. – Sie wettern hier, aber am Ende sind Sie auch froh, wenn Menschen mit Migrationshintergrund Ihre Mülltonne leeren, für Sie Bus fahren, früh um 3 Uhr in der Backstube stehen, Ihre Oma pflegen und in der Klinik als Arzt letzten Endes Ausländerhassern wie Ihnen das Leben retten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Ulrich Singer (AfD): Ja, ja, ja! – Andreas Winhart (AfD): Einmal etwas zusammenreißen!)

Merken Sie denn nicht, dass in Bayern Gaststätten schließen? – In Bayern öffnet der Einzelhandel teilweise kürzer als früher; vom Handwerk wollen wir überhaupt nicht reden. Es ist schon unglaublich ignorant, dass Sie hier die Rufe aus der Wirtschaft nach Fach- und Arbeitskräften – nicht nur nach Fachkräften – völlig überhören. Oder überhören Sie sie vielleicht, weil nicht nach Arbeitskräften mit deutschem Stammbaum gerufen wird, meine Damen und Herren?

Menschen, die seit vielen Jahren hier sind, Deutsch gelernt haben, sich vielleicht gar im Verein engagiert haben, nicht straffällig geworden und bereit sind, eine Ausbildung zu machen, haben es doch verdient, dass sie hier ihre Chance bekommen. Es wäre doch geradezu aberwitzig, sie jetzt erst einmal zurückzuschicken und gleichzeitig Fachkräfte im Ausland händeringend anzuwerben. Es ist zutiefst schäbig, dass Sie alles in einen Topf werfen und alle als Schmarotzer bezeichnen,

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD) – Andreas Winhart (AfD):
Haben Sie überhaupt zugehört? Was erzählen Sie für einen Schmarrn?)

die aus Kriegsgebieten kommen, vor Krieg, Zerstörung und Vergewaltigung geflohen sind und jetzt bereit sind, Ihren Dreck wegzumachen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Natürlich ist das Gesetzesvorhaben des Bundes zum Chancen-Aufenthaltsrecht im Detail mehr als diskussionswürdig, aber grundsätzlich muss doch Folgendes gelten: Wer sich an unsere Regeln hält, wer fleißig Deutsch lernt und arbeiten will, dem muss auch unkompliziert der Weg zu Ausbildung und Arbeit eröffnet werden, meine Damen und Herren. Ganz konkret sollten wir schauen, dass wir möglichst schnell auf unnötig komplizierte Verfahren wie die freiwillige Ausreise und Vorabzustimmung zur Wiedereinreise verzichten. Das ist letzten Endes nicht der richtige Weg. Das ist auch nicht der Weg, auf den unsere Wirtschaft jetzt warten kann.

Zur Einbürgerung hat Kollege Straub schon ein paar richtige und wichtige Gedanken geäußert. Ich kann trotz alledem Folgendes sagen: Integration ist wie eine Treppe. Aber es ist einfach keine Showtreppe, auf der man von ganz oben freudestrahlend im Scheinwerferglanz nach unten stolziert. Nein, wie bei jeder normalen Treppe muss man von unten nach oben eine Stufe nach der anderen gehen.

Die erste Stufe ist nun einmal Sprachkompetenz und die Vermittlung von Werten und der Rechtsordnung. Die nächste Stufe ist dann die strukturelle Eingliederung in den

Bildungs- und Arbeitsmarkt; damit geht die soziale Integration über Vereine, Sport, Freundschaften und über persönliche Beziehungen einher. Dann kommt irgendwann letzten Endes die Identifikation mit dem Gastland, wenn man sagt: Das ist inzwischen meine Heimat. Hier will ich sein, und hier will ich bleiben. – Das ist die letzte Stufe der Integration. Dann hat es Sinn, über eine Einbürgerung nachzudenken. Da bin ich mit dem Kollegen Straub ganz einer Meinung. Der Pass ist kein Geschenk für fünf Jahre legalen Aufenthalt.

Niemand sollte uns hier weismachen, dass man nun den letzten Schritt als ersten gehen muss, damit man sein Ziel erreicht. Nicht die deutsche Staatsbürgerschaft ist der Katalysator für Integration. Nein, es ist genau andersherum: Integration ist die Voraussetzung für die deutsche Staatsangehörigkeit. So viel dazu, dass wir es vielleicht nicht so machen sollten, wie es gerade in Berlin angedacht ist.

Grundsätzlich sind wir uns in Bayern jederzeit unserer Verantwortung bewusst, die Integration all derer voranzutreiben, die eine Bleibeperspektive haben, und dafür auch in Bildung, in Sprache und Identifikation zu investieren. Am Ende dieses Prozesses kann natürlich die Einbürgerung stehen.

Die Hauptlast des Ganzen tragen wie so oft die Kommunen. Das gilt es zu würdigen, und das möchte ich hier bei dieser Gelegenheit auch tun. Die Kommunen dürfen aber auch nicht alleingelassen werden. Ebenso gilt es natürlich, allen Ehrenamtlichen zu danken. An all diejenigen, die sich engagieren, durchhalten und auch einmal Frustrationen ertragen, einen Dank; das muss hier auf jeden Fall auch gesagt werden.

Sie haben die Rückführung angesprochen. Was im Iran gerade passiert, ist ein Trauerspiel. Ich halte es da für völlig richtig, dass der Staatsminister des Innern die Abschiebung in den Iran gestoppt hat. Aber natürlich – und das ist ihm auch bewusst – kann das nicht für diejenigen gelten, die durch schwere Straftaten straffällig geworden sind. Das steht doch außer Frage. Bei diesem Thema wäre es allerdings schon auch wichtig, dass man endlich Rückführungsabkommen abschließt – da schaue ich auf

den Bund – und diese dann auch mit Druck und Kraft durchsetzt, sodass tatsächlich diejenigen, die keine Bleibeperspektive haben, zurückgeführt werden können.

Ich komme zum Ende. Das Konzept von rechts außen ist wie immer sehr einfach: Man nutzt eine traurige Situation, um Stimmung gegen Migranten zu machen, und tut so, als gäbe es ganz einfache Lösungen, die aber natürlich nur ganz exklusiv die AfD hat, weil sich die anderen weigern, das umzusetzen. Es tut mir leid, aber statt der Keule des Populismus braucht es hier schon eine sehr differenzierte und konstruktive Diskussion. Dieser Diskussion verweigern Sie sich leider, meine Damen und Herren, und damit schaden Sie allen: dem Ansehen Deutschlands, unserer Wirtschaft und zum Glück auch sich selbst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe: Es gab die Anregung des Fraktionsvorsitzenden der AfD, bitte den Begriff "Ausländerhasser" zu rügen. – Wir haben im Präsidium schon mehrfach darüber gesprochen, dass wir Formalbeleidigungen gegen einzelne Personen rügen. Das ist aber keine Formalbeleidigung gegen eine Einzelperson gewesen. Das will ich hier jetzt einfach einmal sagen. – Nächster Redner ist der Kollege Arif Taşdelen für die SPD-Fraktion.

Arif Taşdelen (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass es der AfD nicht um das ermordete Mädchen und dessen Familie ging, haben Sie heute auch mit Ihrem Redebeitrag gezeigt.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Ihre Teilnahmslosigkeit und die Art, wie Sie hier teilweise auch lächelnd sitzen, spricht Bände.

Ece, ein 14-jähriges Mädchen, Enkelin von Gastarbeitern aus der Türkei, wurde auf dem Schulweg auf eine brutale Art und Weise ermordet. Ihre Freundin wurde dabei

schwer verletzt. Unsere Gedanken sind bei ihren Eltern, bei ihrem Zwillingenbruder, bei ihrer Schwester, bei allen Angehörigen und auch bei den Angehörigen der schwer verletzten Freundin. Unsere Gedanken sind bei den Bürgerinnen und Bürgern in Illerkirchberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Ihre Trauer ist unsere Trauer, ihr Schmerz ist unser Schmerz. Diesen schrecklichen Mord für parteipolitische Propaganda zu missbrauchen, ist schäbig und unanständig.

(Ulrich Singer (AfD): Wir haben letzte Woche eine Gedenkminute beantragt! –
Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Wes Geistes Kind Sie sind, haben Sie auch in den letzten Tagen mit Ihrem Kommentar zu den Razzias gegen Reichsbürger wieder unter Beweis gestellt. Ich möchte schließen mit den Worten, die auf einem Transparent in Illerkirchberg standen: Trauer ist keine Bühne für rechts. Ruhe in Frieden, liebe Ece.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FDP-Fraktion spricht als Nächster der Abgeordnete Martin Hagen.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aktuelle Stunde der AfD zu diesem Thema hat natürlich nichts Gutes erwarten lassen. Unsere Erwartungen wurden dann auch bei der Einbringungsrede voll erfüllt.

Meine Damen und Herren von der AfD, wenn Sie "Realismus statt Ideologie" und "Eigeninteresse statt Selbstaufgabe" wirklich ernst meinen, dann müssten Sie eigentlich eine Migrationspolitik genau in der Art befürworten, wie die Ampel-Regierung sie jetzt durchführt; denn Realismus bedeutet eben, dass man akzeptiert, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und sein muss. Wir können unsere Herausforderungen vor

dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auch nur meistern, wenn wir Einwanderung forcieren und sie im Interesse unseres Arbeitsmarktes steuern. Deswegen ist es ein Akt des Eigeninteresses, dass wir Einwanderung in unser Land nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes forcieren.

(Beifall des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Lieber Kollege Straub, ich setze mich lieber mit den demokratischen Fraktionen auseinander als mit dem, was von der AfD kam. Deswegen spreche ich Sie an, Herr Kollege Straub. Sie haben mit Blick auf die FDP drei Punkte angesprochen:

Das eine ist das Thema Rückführungen. Sie haben bemängelt, dass es bisher zu wenige Bemühungen bei den Rückführungen gibt. Dazu ist zu sagen, dass die Rückführungen – ich denke, das wissen Sie – in der Hoheit der Länder liegen. Die Bundesländer sind für den Vollzug von Rückführungen verantwortlich. Der Bund kann zum Beispiel durch das Aushandeln von Rücknahmeabkommen mit den Herkunftsstaaten dazu beitragen. Genau das soll der Beauftragte der Bundesregierung für Rückführungen tun. Dieser ist im Koalitionsvertrag verankert. Wir erwarten, dass er jetzt zeitnah benannt und besetzt wird.

Zum Thema Chancenaufenthalt: Das Thema Identitätsverweigerer ist ein sehr beliebtes Sujet von Ihnen, Herr Straub. Sie bringen das immer wieder. Tatsächlich steht ja im Gesetz drin, dass, wer Abschiebungen durch Identitätstäuschungen zu verhindern versucht, vom Erwerb des Chancen-Aufenthaltsrechts ausgeschlossen ist. Das heißt: Hier geht es explizit nicht um diese Fälle, die Sie immer wieder anführen, sondern um die Fälle, die bisher hier geduldet sind, rechtschaffen gelebt haben und jetzt endlich auch hier arbeiten und legal bleiben können sollen.

Abschließend der dritte Punkt: Das haben Sie jetzt nicht direkt angesprochen, aber das war in einem Facebook-Beitrag Ihrer CSU-Landesgruppe im Bundestag zu lesen. Da werfen Sie der Ampel-Regierung allen Ernstes vor – wir sollten uns auch vor dem Hintergrund solcher Debatten, wie die AfD sie hier bringt, wirklich darüber unterhalten,

ob das die Auseinandersetzung ist, die wir suchen sollten –, sie sei dafür verantwortlich, dass die Zahl der Asylanträge im Jahr 2022 höher ist als im Jahr 2021. Die Bundesregierung dafür verantwortlich zu machen, dass mehr Menschen in dieser weltpolitischen Lage einen Asylantrag in Deutschland stellen – dabei geht es noch gar nicht um die Frage, ob er akzeptiert wird –, ist, glaube ich, nicht die Art, wie wir unter Demokraten dieses sehr sensible Thema behandeln sollten.

Wenn Sie, die CSU-Landesgruppe in diesem Beitrag die Ampel-Regierung ernsthaft für die höhere Zahl der Asylanträge verantwortlich machen und dann in diesem Beitrag auch noch schreiben, dass in den Zeiten der Unionsregierung Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik geherrscht hätten, möchte ich Sie an die Jahre 2015, 2016 und 2017 erinnern, als Ihr damaliger Parteichef von einer Herrschaft des Unrechts gesprochen hat. Ich mache mir diesen Ausdruck nicht zu eigen. Aber wenn das 2015, 2016 und 2017 nach CSU-Meinung eine Herrschaft des Unrechts war und Sie jetzt davon sprechen, Sie hätten Ordnung und Humanität durchgesetzt, erkenne ich da einen leichten Widerspruch. Nein, wir sollten diese Debatte sachlich führen, meine Damen und Herren. Dafür tragen auch Sie Verantwortung.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Gudrun Brendel-Fischer für die CSU-Fraktion.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die bayerische Migrationspolitik wird hier im Hohen Haus von beiden Seiten angegriffen. Von der Seite der Rot-Grünen kommt vor allem immer wieder die Kritik, dass wir zu wenig machen würden, und heute kommt der Angriff mal von rechts außen, wonach wir hier viel zu viel tun würden. Damit bestätigt sich, dass wir richtigliegen. Die Wahrheit liegt nämlich bekanntlich in der Mitte, und der bayerische Weg trennt klar zwischen Erwerbsmigration und Asyl. Anders als die Ampelkoalition in Berlin machen wir also nicht unstrukturiert mehrere Baustellen gleichzeitig auf, sondern

differenzieren klar zwischen Menschen, die Asyl erhalten, und Menschen, die das Land wieder verlassen müssen oder aber die per Ausbildungs- oder Arbeitsvisum nach Bayern kommen. Bayern macht damit keine Symbolpolitik. Ich möchte ausdrücklich mal darauf hinweisen, dass es bereits jetzt für die Menschen mit Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung eine Chance gibt, wenn sie ihre Identität nachweisen und entsprechende Integrationsbereitschaft gezeigt haben. Wir belegen bundesweit den zweiten Platz bei der Genehmigung von Beschäftigungs- und Ausbildungsduldungen. Das bitte ich doch einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Was den Identitätsnachweis anbelangt: Ich habe das selbst mittlerweile bei einigen Asylbewerbern erlebt. Man kann sehr wohl nicht nur über Behörden, sondern auch über Familie, die noch im Herkunftsland ist, über Zeugnisse und alle möglichen Dokumente Nachweise erbringen. Die werden zum Teil auch anerkannt. Ich habe das bei Jugendlichen aus afrikanischen Staaten erlebt. Der bayerische Weg des Forderns und Förderns – so steht es auch im Integrationsgesetz – funktioniert also. Wenn man die Datenlage der Geflüchteten aus den Hauptherkunftsländern beim Asyl genau anschaut, zeigt sich, dass trotz der Pandemie-Beeinträchtigungen unserer Wirtschaft in den letzten zwei Jahren sehr wohl ein Rückgang bei den Leistungsbeziehern deutlich wurde. Wir haben in Bayern – und das ist nicht abzustreiten – auch gegenüber rotgrün oder grün regierten Ländern die höchste Erwerbstätigenquote von Menschen mit Migrationshintergrund. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote von Ausländern. Wir haben übrigens auch bei den ausländischen Frauen die niedrigste Arbeitslosenquote. Wir haben sie auch bei den Menschen aus den acht Hauptherkunftsländern, und auf die zielen Sie besonders ab.

Wir brauchen – und das ist unstrittig – qualifizierte Zuwanderung zur Bekämpfung des Fachkräftemangels, aber auch Bildung und Ausbildung für Zugewanderte, und das ermöglichen wir, wenn der Aufenthaltstitel vorhanden ist. Dafür leisten wir großen Aufwand. Die großen schulischen Anstrengungen wurden heute bereits betont.

Die Zentrale Stelle für Fachkräfteeinwanderung, die jetzt läuft, in Nürnberg angesiedelt, kümmert sich sehr engagiert. Hier wurden schon 1.600 Beratungsgespräche geführt. Viele davon waren erfolgreich. Bayern möchte sich damit weiterhin gut aufstellen. Im Übrigen haben wir 90 Ausbildungsakquisiteurinnen und -akquisiteure sowie Jobbegleiter, die diesen Prozess auch noch befördern.

Wichtig ist uns aber auch das gesellschaftliche Miteinander. Das darf natürlich nicht so nebenbei laufen. Es geht auch darum, dass wir keine Parallelgesellschaften erhalten, wie sie in Berlin oder Köln beispielsweise existieren. Integration lebt und wirkt mit der Begegnung und dem Austausch der Kulturen. Dafür wird in Bayern sehr viel unternommen, auch mit eigenem bayerischen Geld, nicht nur mit weitergegebenem vom Bund. In zahlreichen Projekten und Initiativen unterstützen haupt- und ehrenamtliche Kräfte, damit Integration gelingt.

Ich bin häufig in Kontakt mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern. Die sind oft sehr wohl verwundert, welcher Ruf uns vorauseilt – von Ihnen natürlich entsprechend hochgespielt – und was dann bei uns effektiv geleistet wird. Es läuft viel: ob das in den Mütter- und Familienzentren ist, im Sport – dort ganz massiv –, in kirchlicher Trägerschaft, in den Wohlfahrtsverbänden, in den Stadtteilzentren, bei den Jugendmigrationsdiensten. Es wird sehr viel getan. Eine ganz wichtige Aufgabe erfüllen natürlich unsere Erwachsenenbildungsträger; wir müssen uns anstrengen, damit wir genügend Lehrkräfte haben, die dort den Sprachunterricht geben. In diesem Zusammenhang auch noch einmal ein großes Lob für die Flüchtlings- und Integrationsberatungen in Bayern! Besten Dank an alle, die sich hier engagieren!

Was es im Übrigen nützt, das Geld in zugewanderte Menschen zu investieren, beweist doch auch die erfolgreiche Ausbildungsdatenbank. In Bayern haben wir interessanterweise über 250.000 Ausbildungsverhältnisse. Schätzen Sie einmal, wie viele dieser Ausbildungsplätze von ausländischen Jungs und Mädels bekleidet werden! – Es sind über 35.000. Über 8.000 davon kommen mit einem Fluchthintergrund. Also sollten Sie einmal darüber nachdenken, was in diesen Betrieben wäre, wenn wir diese Ausbil-

dungsplätze nicht besetzen könnten. Für die Ausbildungsduldung hat sich unser Minister vor zwei Jahren sehr stark eingesetzt, damit die Genehmigungen von Ausbildungsduldungen nach dem Prinzip der 3-plus-2-Regelung verstärkt werden.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin!

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Das ist auch sehr gelungen. Jeder Betrieb, der so einen Auszubildenden bekommt, ist heilfroh darüber.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, die Redezeit ist zu Ende.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Die Redezeit ist zu Ende. Ich komme zum Schluss:

(Andreas Winhart (AfD): Ihre Rede ist beendet!)

Es ist Unsinn zu sagen, dass wir eine 180-Grad-Wende brauchen, und es ist Unsinn zu sagen, dass – –

(Das Rednermikrofon wird abgeschaltet)

Präsidentin Ilse Aigner: Danke, Frau Kollegin.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU)

Als Nächste spricht Frau Kollegin Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihre Migrationspolitik passt in einen Satz: 50 % der Leistungsberechtigten Hartz-IV-Empfänger sind Ausländer. – Das bedeutet im Umkehrschluss: Ihre ganze Migrationspolitik erzeugt keine Fachkräfte, sondern Sozialfälle.

(Beifall bei der AfD)

Für diese Ausländer bezahlen wir bereits heute über 13 Milliarden Euro und davon mehr als 8 Milliarden Euro allein für Personen aus den Top 8 Asylherkunftsländern, die weit überwiegend gar nicht hier sein dürften. Noch immer leben zwei Drittel aller syrischen Asylbewerber von Hartz IV, und die Hälfte aller Deutschtürken hat keine Berufsausbildung. Angesichts der Gesamtzahl der arbeitssuchenden ausländischen Grundsicherungsempfänger von aktuell über 1,2 Millionen bedeutet das, knapp 80 % der arbeitssuchenden Ausländer in Deutschland verfügen über keinerlei beruflichen Bildungsabschluss.

(Beifall bei der AfD)

Diese Menschen braucht der deutsche Arbeitsmarkt nicht, meine Damen und Herren. Diese Menschen machen unsere Städte zu Slums, die den Steuerzahler Milliarden kosten und das Land weiter in ein einziges Illerkirchberg verwandeln.

(Margit Wild (SPD): Meine Güte! Entsetzlich!)

Deutschland hat jetzt 84 Millionen Einwohner, aber der Kanzler will offenbar 90 Millionen, und das, obwohl unsere Familien, unsere Rentner und sogar der Mittelstand zusehen müssen, wie sie gerade einmal so über die Runden kommen. In dieser Situation stellt sich der deutsche Kanzler hin und will die behauptete Fachkräftezuwanderung erleichtern und so gut wie jedem Illegalen die deutsche Staatsbürgerschaft hinterherwerfen, meine Damen und Herren! Was soll es sonst sein als ein Bevölkerungsaustausch

(Beifall bei der AfD)

oder – in Neusprech, wie es die EU nennt – Replacement Migration? – Der Kanzler der Arbeiterklasse holt unter Beifall der Kartellparteien millionenfach Billiglöhner ins Land, die in direkte Lohnkonkurrenz mit einheimischen Arbeitnehmern treten und die aufgrund von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz künftig sowieso Probleme haben werden, eine Arbeit zu finden.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

Schauen wir auf die Migrationsbilanz, dann zeigt sich das ganze Staatsversagen: Mitte des Jahres lebten 2,9 Millionen Menschen mehr in Deutschland als zum Jahresbeginn 2015. Doch das ist nur der Zuwanderungssaldo und damit nur die halbe Wahrheit. Im genannten Zeitraum sind über 4,3 Millionen Menschen mit nicht deutschen Staatsbürgerschaften ins Land gekommen. Das ist mehr als die Einwohnerzahl von Frankfurt, Stuttgart, Hamburg und Köln zusammengenommen. Im selben Zeitraum sind aber auch über 1,4 Millionen Deutsche ausgewandert, also etwa die Einwohnerzahl Münchens. Pro Jahr verlassen mehr als 180.000 Deutsche das Land, vor allem hochqualifizierte. 76 % dieser Deutschen haben einen Hochschulabschluss. Derzeit leben mindestens 3,8 Millionen Deutsche in anderen OECD-Ländern. All diese Zahlen widerlegen eine Ihrer größten Lügen: das Märchen vom Fachkräftemangel.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich, in einigen Branchen sind Fachkräfte knapp. Doch um das zu beheben, müsste zuerst die massenhafte Auswanderung deutscher Fachkräfte gestoppt werden. Die höchste Steuer- und Abgabenlast der Welt, die höchsten Energiepreise, der Verfall in Bildung, Wirtschaft, Kultur, Politik und Gesellschaft

(Unruhe)

treiben Kernbranchen der deutschen Wirtschaft ebenso wie die Arbeitnehmer in die Flucht. Sie verursachen den größten Verlust an geistigem Kapital und Arbeitskraft in der Geschichte unserer Heimat. Was gab es früher für große deutsche Staatsmänner: Strauß, Schmidt! Heute sehe ich Scholz und Söder, Sinnbild für Stümperei, auf den warmen Regierungssesseln.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Na, na, Vorsicht, Frau Kollegin! – Unruhe bei der CSU und der SPD)

Mit Ihrer Politik treiben Sie die Leute nicht nur in die Politikverdrossenheit, sondern in die Radikalisierung, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP) – Unruhe bei der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Ihre geist- und kenntnislose Migrationspolitik schafft nur eines: ein Millionenheer von Habe- und Taugenichtsen, die nicht nur den sozialen Frieden, sondern letztlich sogar das ganze Land gefährden.

(Beifall bei der AfD – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Setzen Sie sich also unverzüglich dafür ein, die millionenfache, unqualifizierte Einwanderung in unsere Sozialsysteme abzustellen, die bestehenden Pull-Faktoren zu beseitigen, und folgen Sie unserem Vorschlag! Die AfD steht für eine Minus-Zuwanderung, weil ausländische Leistungsträger sowieso nicht mehr nach Deutschland kommen wollen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es können auch andere auswandern!)

Starten wir endlich eine bayern- und bundesweite Abschiebeoffensive! Nur so können wir Bayerns Wohlstand und Sicherheit für die nächsten Generationen erhalten.

Ihr Staatsminister Bernreiter hat mir 2015 im "Weißbräu" in Deggendorf versichert: "Da kommen keine Menschenfresser." – Vielleicht keine Menschenfresser; aber Vergewaltiger, Messerstecher und Mörder sind gekommen. Ohne sie würde die kleine Ece aus Illerkirchberg noch leben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD – Margit Wild (SPD): Schämen Sie sich! – Unruhe bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Als Nächstes hat Frau Abgeordnete Petra Guttenberger von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Abgeordnete Guttenberger.

(Zurufe von den GRÜNEN: So etwas müsste man rügen, das ist Volksverhetzung!
– Unruhe)

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein sehr eigenwilliges Bild von Bayern, das wir heute von der AfD zu Gesicht und vorgestellt bekommen. Ja, es sind keine Menschenfresser gekommen. Es sind ganz normale Familien gekommen, ganz normale Arbeitnehmer.

(Unruhe bei der AfD)

Vielleicht ist auch ein Straftäter darunter, aber bayerische Politik heißt nicht, dass da nichts passiert, sondern bayerische Politik heißt, dass es Rückführungen gibt und dass Straftäter das Land wieder verlassen müssen. Das ist bayerische Politik. Darum wissen wir nicht, warum wir eine Drehung um 180 Grad hinlegen sollten.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen unsere Politik beibehalten, die ganz klar besteht aus Humanität, Ordnung und Integration. Ihr Bild ist, offen gesagt, erschreckend. Sie bewerfen uns mit Zahlen, deren Wahrheitsgehalt ich stark hinterfragen möchte. Sie werfen anderen Ideologie vor, um hier selbst demagogisch-ideologisch zu reden. Sie bezeichnen die Mitglieder des Parlaments hier in diesem Raum als Kartellparteien. Nein, das sind Parteien, die auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sind Ihre Zahlen also richtig? Irrt da die Bundesagentur? Irrt da die Kreishandwerkerschaft, irren die IHK-Mitglieder? Irren die alle? – Wir glauben nein.

(Zuruf von der AfD: Wir glauben schon!)

Das heißt für uns, dass wir hier eine Politik betreiben, die Bayern zum Land der gelungenen Integration macht, wie das Frau Brendel-Fischer gerade klargelegt hat.

Wir sind aber auch nicht dafür, unsere Politik um 180 Grad in die entgegengesetzte Richtung zu drehen. Wir wollen, dass die Staatsangehörigkeit am Ende des Prozesses steht und dass es erforderlich ist, die deutsche Sprache zu beherrschen, die Werte unserer Gesellschaft zu akzeptieren und seinen Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Erst dann ist die Zeit gekommen, Deutscher zu werden, wenn man sich dazu entschließt. Deshalb steht die Staatsangehörigkeit für uns am Ende des Prozesses und nicht am Anfang. Zur Rechtsstaatlichkeit und zu unseren Werten gehört übrigens auch, dass man seinen Pass nicht wegwirft, sondern ein rechtsstaatliches Verfahren durchläuft, wie das viele andere auch tun.

Ich formuliere es jetzt doch ein bisschen spitz. Herr Hagen, Sie haben gerade oberlehrerhaft erklärt, dass alles ganz halbherzig sei, dass die Wege hier ganz falsch wären. Ich sage jetzt auch einmal: Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag eine Rückführungsinitiative festgelegt. Wirklich? – Mir geht es wie Herrn Straub: Diese Rückführungsinitiative ist anscheinend so dezent, dass sie keiner erkennt. Wir nehmen das jetzt mal zur Kenntnis. Wer aber oberlehrerhaft anderen sagt, was man alles tun müsste, wäre mal gar nicht schlecht beraten, selber anzupacken!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Martin Hagen (FDP): Das ist Schmarrn! Das merken Sie aber selber, oder?)

– Das ist ein guter Spruch, weil man in dem Augenblick, in dem man ertappt wird, halbsig reagiert, wie man in Franken sagt.

(Martin Hagen (FDP): Das merken Sie selber! Das haben wir schon besser erlebt!)

– Das nehme ich jetzt auch zur Kenntnis.

Wir nehmen jedenfalls eine Position der Mitte ein. Wir wollen unser Integrationsrecht so, wie es ist, beibehalten. Dazu gehören Rückführungen. Dazu gehört klare Konsequenz bei Straftaten. Dazu gehört aber auch, dass wir denjenigen, die hier bei uns

leben wollen, die ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten, die deutsche Sprache lernen und unsere Werte teilen, eine echte Chance geben, und zwar wie bisher und nicht nur als Chancen-Aufenthaltsrecht, nachdem man seinen Pass weggeworfen hat, sondern indem man Integrationsleistungen vorweist und seinen Lebensunterhalt hier bei uns bestreitet.

Für solche Sprüche, dass "Kartellparteien ideologisch sind", habe ich dabei überhaupt nichts übrig, weil sie keine Probleme lösen, sondern Pseudolösungen anbieten und meinen, auf diese Weise in möglichst lautem, aggressivem Ton hier darüber hinwegzutäuschen, dass Bayern gelungene Integration bietet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Abgeordnete Guttenberger, vielen Dank. – Ich erteile dem Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, das Wort. Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für einen sehr kurzen Moment habe ich gedacht, als ich den Titel der Aktuellen Stunde gelesen habe – "Für eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik! Realismus statt Ideologie, Eigeninteresse statt Selbstaufgabe!" –, es könnte sich um eine Ankündigung einer inneren Umkehr der AfD handeln, aber leider weit gefehlt. Ich hatte diesen Eindruck nur für einen ganz kurzen Moment.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich werde, erlauben Sie mir zum Abschluss dieser Debatte diese Anmerkung, den Verdacht nicht los, dass dieser Rundumschlag, den Sie heute wieder gestartet haben, nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver ist, weil die bundesweiten medialen Bot-schaften der vergangenen Woche schon an die Kernsubstanz der AfD gehen.

(Margit Wild (SPD): Genau! – Uli Henkel (AfD): Ja, ja!)

Das hat es in der Vergangenheit noch nie gegeben: In der vergangenen Woche ist eine frühere Bundestagsabgeordnete und Richterin in Berlin wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung verhaftet worden. Das ist natürlich schon ein weiterer Höhepunkt im Hinblick auf die Umtriebe, deren sich Mitglieder der AfD immer wieder in unserem Land schuldig machen.

(Zuruf des Abgeordneten Ralf Stadler (AfD))

Meine Damen und Herren, das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Wenn man sich anschaut, was ermittelt worden ist, sage ich ganz deutlich: Das sind ungeheuerliche Vorgänge. Wir werden uns im Detail anschauen müssen, was da alles noch zutage kommt. Im Moment geht es nur um Verdachtsmomente. Aber was hier ganz konkret im Raum steht und was Menschen geplant haben, ist meines Erachtens ein wahrscheinlich untauglicher Versuch, weil – egal, ob das 100 oder 200 sind – Verrückte die Bundesrepublik Deutschland nicht auf den Kopf stellen können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Allein die Absicht, unsere Demokratie abschaffen zu wollen und irgendwelche völlig hirngespinstigen Leute an die Spitze des Staates stellen zu wollen, allein die Absicht zu haben, irgendwelche Kompanien aufzustellen, mit denen man das Parlament stürmen will und dergleichen, ist doch unglaublich! Meine Damen und Herren von der AfD, solche Leute schicken Sie ins Parlament! Die haben nichts anderes vor als unsere Republik kaputt zu machen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Deshalb sage ich Ihnen: Ich bin gar nicht bereit, mich mit solchen Rundumschlägen, wie Sie sie hier wieder geführt haben, auseinanderzusetzen. Wir müssen den Menschen in Deutschland vielmehr deutlich machen, dass solche Mitglieder Ihrer Partei in der Tat eine Gefahr für diese Demokratie und diese Republik sind. Dafür stehen wir in diesem Landtag.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister, vielen Dank. – Ich sehe, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Dann ist die Aktuelle Stunde hiermit beendet.